

GRIECHISCHES VOLK, EUROPÄISCHE VERSTÄNDIGUNG

Thomas Hecken



Die Gemeinschaftswährung führe nicht zur Verständigung, sondern zur Spaltung, konnte man in vielen Kommentaren während der Verhandlungen zwischen Griechenland und seinen Gläubigern lesen. Nationale Klischees würden wieder stark bemüht, nicht nur Vernunft, auch Verständigung komme deshalb zu kurz. In der Tat schaffte es der ›Volks‹-Begriff bis auf die Titelseiten großer Zeitungen und Nachrichtenmagazine; bei den Griechen handle es sich um ein »seltsames Volk«, hieß es z.B. Ihnen das deutsche ›Volk‹ ausdrücklich entgegenzustellen, dazu kam es noch nicht, aber es schwingt natürlich unausgesprochen mit (der SPD-Parteivorsitzende Gabriel näherte sich dem an, als er die Ansprüche »einer zum Teil kommunistischen Regierung« Griechenlands und die monetären Interessen »deutscher Arbeitnehmer und ihrer Familien« gegeneinander setzte). Das Urteil, die gemeinsame Währung trage gerade nicht zur Befriedung der europäischen Beziehungen bei, findet hier reichlich Stoff.

Dennoch bleibt eine Möglichkeit, dieses Urteil anzuzweifeln, ist doch als wichtiges Problem europäischer Einigung zuvor oft die fehlende politische Öffentlichkeit benannt worden (meist von denselben Kommentatoren). Bedauert wird die mangelnde mediale Öffentlichkeit und politische Diskussion über die Grenzen der Nationalstaaten und -sprachen hinaus, sogar ein fehlendes Interesse an den Vorgängen in anderen Ländern der EU. An Informationen über Griechenland mangelte es in letzter Zeit aber keineswegs. Das Wissen vieler Deutscher über griechische Verwaltungen, Politiker, Steuergesetze, Gewerkschaften dürfte nach den TV-Sendungen und Schlagzeilen der letzten Jahre und Monate ihr

Die Zeitschrift »Pop. Kultur und Kritik« analysiert und kommentiert die wichtigsten Tendenzen der aktuellen Popkultur in den Bereichen von Musik und Mode, Politik und Ökonomie, Internet und Fernsehen, Literatur und Kunst. Die Zeitschrift richtet sich sowohl an Wissenschaftler und Studenten als auch an Journalisten und alle Leser mit Interesse an der Pop- und Gegenwartskultur.

»Pop. Kultur und Kritik« erscheint in zwei Ausgaben pro Jahr (Frühling und Herbst) im transcript Verlag. Die Zeitschrift umfasst jeweils 180 Seiten, ca. 20 Artikel und ist reich illustriert.

»Pop. Kultur und Kritik« kann man über den Buchhandel oder auch direkt über den Verlag beziehen. Das Einzelheft kostet 16,80 Euro. Das Jahresabonnement (2 Hefte: März- und Septemбераusgabe) kostet in Deutschland 30 Euro, international 40 Euro.

Wissen über vergleichbare Einrichtungen und Personen der meisten anderen Staaten weit übertreffen. Selbst wenn man in Rechnung stellt, dass die vielen zusätzlichen Berichte über Bürgermeister und Bettler, über deutschfreundliche Schriftsteller und Professoren, über besorgte oder verärgerte Taxifahrer und Hotelangestellte natürlich nicht zur Vertrautheit mit ihnen geführt haben, kann schwerlich bestritten werden, dass manch deutscher Wähler jetzt einen gewissen Eindruck des griechischen Alltags bekommen hat.

Zu Recht kann man einwenden, gerade das gehe am Kern des Problems vorbei. All die Berichte über griechische Verhältnisse und Besonderheiten tragen wenig zur Aufklärung über die europäische Lage bei, vor allem über den ins Stocken geratenen Versuch, den Euro als Weltgeld stärker durchzusetzen und den europäischen Banken mehr Geltung zu verschaffen. Das war schließlich die Grundlage, auf der selbst Griechenland – nicht zuletzt seine Finanzinstitute und Unternehmen – in großem Maßstab Kredit gewährt bekam, seine Staatsanleihen fast den gleichen Zinssatz aufwiesen wie die aller anderen Euro-Staaten.

Nach dem rapiden Anstieg u.a. der griechischen Zinsen im Zuge der großen Finanzkrise 2008 und dem Verfall der Werthaltigkeit griechischer Schuldtitel entschieden sich die europäischen Regierungen und Parlamente zusammen mit EZB und IWF dafür, die daraus entstehenden Probleme nicht als das Geschäftsrisiko und weitgehend abzuschreibenden Verlust der Finanzinstitute (vor allem deutscher und französischer Banken) zu betrachten. Die privatwirtschaftlichen Gläubiger Griechenlands wurden weitgehend ausbezahlt, dem griechischen Staat dafür Kredite gewährt, die bis heute in immer neuen (und absehbar weiteren) Runden verlängert und umgeschichtet werden, um auf diese Art und Weise stetig anzuwachsen. Zwar hatte die Fähigkeit griechischer Institutionen und Unternehmen, sich zu verschulden, wenig mit deren erwarteter ökonomischer Potenz zu tun – dass es sich bei dem Land nicht um ein zweites China handelte, war den Finanzmarktakteuren auch vor 2008 wohl bewusst –, sondern mit dem Anspruch des Euro-Projekts, insgesamt viel (Geld-)Geschäft in der neuen Währung auf den Weg zu bringen. Dennoch sollen die umgeschichteten Schulden jetzt – vertraglich korrekt – vom griechischen Staat und nicht von der Euro-Gemeinschaft übernommen werden. Letztere will vielmehr als ein neuer Gläubiger auf längere Sicht immer höhere Rückzahlungen bekommen.

Nun anzumerken, es wäre sinnvoll, in erster Linie über diese europäischen Zusammenhänge zu berichten und nicht über mannigfaltige griechische Defizite, ist wie gesagt plausibel. So verständlich diese Argumentation aber auch sein mag, trägt sie mit Blick auf die erhoffte Verständigung nicht unbedingt weit. Wie immer man die Ereignisse der letzten Monate beurteilt, wird man doch kaum bezweifeln können, dass sie eine breite öffentliche, demokratische Diskussion begleitete. Die griechischen Verhältnisse und Personen, ihr unterstellter nationaler, tiefliegender Grund standen wochenlang im Mittelpunkt medialer wie privater politischer Beiträge und Debatten. Da es zu den von vielen geschätzten Charakteristika solcher ›Meinungsbildungsprozesse‹ gehört, dass sie ›volksnah‹ und ohne Gängelung durch szientifische Themensetzungen und Sprachregelungen ablaufen, drängt sich die Feststellung auf: Dieser demokratische Wesenszug war und ist gewährleistet.

Zum politischen Charakter trägt ebenfalls bei, dass die aufgeworfenen ›Volks‹-Fragen sich nicht vollkommen mit ökonomischen Überlegungen decken. Da der Keynesianismus in verschiedenen Spielarten und Stufen von Paul

Krugman über Janet Yellen bis Mario Draghi wieder einflussreiche Anhänger besitzt, sind die ökonomischen Sachzwang-Imperative jetzt immerhin zwei an der Zahl. Man hört nicht mehr nur wie weitgehend seit den 1980er Jahren als Forderung: Reformen, Liberalisierung, Privatisierung durchführen, Geldmenge kontrollieren, Staatsaufgaben und -ausgaben beschränken, sondern mittlerweile auch: Löhne erhöhen, Konjunkturprogramme auflegen, Notenbanken nicht allein auf das Ziel verpflichten, Inflation niedrig zu halten. Beide Gruppen sind überzeugt: Nur wenn ihre jeweiligen Maßnahmen durchgeführt würden, könnte die Krise überwunden werden. An die Stelle eines Sachzwanges tritt also die Wahl zwischen zwei jeweiligen Gewissheiten zur Erreichung eines gemeinsamen Ziels. Politik wird in beiden Fällen lediglich zum Anhängsel wirtschaftlicher Überlegungen.

Interessanterweise hatte jedoch sogar Milton Friedman 1997 nicht nur das auch von deutschen Ökonomen oft gehörte Argument wider den Euro vorgebracht, die fehlende Liberalisierung nationaler Arbeitsmärkte sowie die fehlende Möglichkeit ökonomisch schwächerer Beitrittsnationen, in Krisenzeiten zum Mittel der Währungsabwertung zu greifen, gefährde das Projekt der Gemeinschaftswährung grundlegend. Friedman nannte in seinem kurzen Beitrag »The Euro: Monetary Unity to Political Disunity?« weitere Gründe für seine negative Prognose. Die Bürger hätten »far greater loyalty and attachment to their own country than to the common market or to the idea of »Europe««, das unterscheide sie von denen der Vereinigten Staaten Amerikas. Friedman weitet das Argument sogar noch aus, er belässt es nicht bei nationalkulturellen, volkskulturellen Hinweisen – kleinteiliger Patriotismus, eigene Gebräuche –, sondern sieht den Unterschied auch im Bereich der Massen- oder Popkultur gegeben. Worüber die USA verfügten – »its residents overwhelmingly speak the same language, listen to the same television programs, see the same movies« –, das besäße der Euroraum alles nicht, darum fehle es an Einheit auch im außer-ökonomischen Sinne.

Anders gesagt: Was die Euro-Staaten in dieser Hinsicht gemeinsam haben, sind überwiegend Teile der US-amerikanischen oder britischen Popkultur, nicht aber »Euro-Musik« oder »Euro-TV-Sendungen«. Darum ist dem Schritt, auf eine europäische politische Lösung mit kulturellen Elementen zu setzen, eine gewisse Konsequenz nicht abzusprechen. Die »Spar«-Lösung eignet sich dafür recht gut, weil sie eben nicht bloß die wirtschaftspolitische Austeritäts-Lösung beinhaltet. Keineswegs nur weil das »Spar«-Argument von der Ebene privater Haushalte ökonomisch nicht auf die Makroebene übertragen werden kann – wenn viele Firmen und Staaten ihre Ausgaben einschränken, führt das sicher nicht zur Schuldenfreiheit –, besitzt es auch andere Dimensionen. In ihm steckt die moralische Aufforderung zur Mäßigung ebenso wie das politische Misstrauen gegen »Machteliten« mit ihren undurchschaubaren Großprojekten. Die »Spar«-Lösung könnte deshalb im erfolgreichsten Fall die momentanen Sieger

der ökonomischen Konkurrenz (höchste Zustimmungsraten für Finanzminister Schäuble in deutschen Meinungsumfragen) mit den südlichen und südosteuropäischen Verlierern der EU vereinen, sofern wichtige Teile der Bevölkerungen Griechenlands, Spaniens, Bulgariens etc. sich gegen die vermeintlich verschwenderischen Akteure ihrer Herrschaftsschichten richten: Vereinigte kleinbürgerliche Staaten von Europa, hätte man vor einigen Jahrzehnten gesagt.

Größtes Verständnis für diese politisch-kulturelle Strategie müsste bemerkenswerterweise gerade einer der aktuell erfolgreichsten Widersacher des ›Spar-Imperativs haben, die spanische Podemos-Bewegung, die (unter Berufung auf Gramsci und auf Laclaus Populismus-Analysen) nicht zuerst um politisch-exekutive Macht und ökonomische Vorrangstellung kämpft, sondern um politisch-kulturelle Hegemonie. Natürlich will sie gegen den ›Machtblock‹ der EU ebenso wie gegen die herrschenden spanischen Anhänger der Austerität angehen, sie verfolgt also ganz andere Ziele als die Anhänger der Sparpolitik. Der nicht nur ökonomisch-bürokratische Zuschnitt der Spar-Lösung, die verschiedene Interessengruppen und Bevölkerungsklassen erreichen und vereinen soll, deckt sich aber mit ihren eigenen Vorstellungen, wie man in der politischen Auseinandersetzung vorgehen sollte.

Eine andere Version des Strebens nach politisch-kultureller Verständigung und Einigkeit fasste der griechische Ministerpräsident Tsipras nach seinen erfolglosen Verhandlungen in Brüssel Mitte Juli gezwungenermaßen ins Auge. Sein Verlangen nach einem ›eigentlichen‹ Europa der Solidarität, für das er immer wieder emphatisch das griechische »Volk« mobilisierte, war zwar angesichts der von allen übrigen Regierungschefs erneut bekräftigten Spar-Lösung gescheitert, Tsipras konnte der Verhandlungsniederlage dennoch etwas Gutes abgewinnen: »[...] we fought for a just cause, we fought until the end, we have been negotiating through the night, and no matter what the burdens will be, they will be allocated – we guarantee this – with social justice. And it will not be the case that those who have shouldered the burden during the last years will be stuck footing the bill once more. This time, those who avoided paying – many of whom were protected by the previous governments – will pay now, they, too, will shoulder the burden.« (13. Juli 2015, www.primeminister.gov.gr)

Das ist die Möglichkeit heutiger sozialistischer Politik in Europa: Das gefeierte »Volk« wählt eine linke Partei erst im Moment tiefer ökonomischer Krise und nationalen Souveränitätsverlustes, nachdem dieses Wahlvolk jahrzehntelang anderen Parteien treu den Vorzug gegeben hat; das Bemühen um Einigung durch den Parteienlenker dieser neuen Regierungspartei findet seinen vorläufigen Endpunkt in dem Versprechen, dass es auch den bislang Wohlhabenden und Reichen schlechter gehen wird. Vereint in der Misere und Verständigung durch gemeinsame Sparanstrengungen – zwei wichtige Varianten gegenwärtiger Populärkultur. ◆